

VIELE KÖPFE, WENIGE KÄMPFER

Ein Plädoyer für mehr Ehrlichkeit in der Debatte über die Bundeswehr

Die Stadt Ulm hat als Garnisonsstadt eine wechselvolle militärische Geschichte durchlebt. Sie begann im 15. Jahrhundert, als der Schwäbische Bund entschied, die Stadt zum Sitz seines Bundesheeres zu machen. Heute, 500 Jahre später, beherbergt Ulm nicht mehr nur Verbände regionaler Bedeutung, sondern einen internationalen **NATO**-Stab. Waren es bisher zumeist Deutsche, die ihren Dienst in Ulm versahen, sind es nun Soldaten aus zwanzig **NATO**-Staaten, die im *Joint Support and Enabling Command (JSEC)* dienen. Dieses Kommando hat den Auftrag, den reibungslosen Aufmarsch von Verstärkungskräften – mehr als 800.000 Soldaten mit Fahrzeugen, Waffen und Gerät – in Europa sicherzustellen. Eine kommunikative und koordinierende Herkulesaufgabe. Das **JSEC**, geführt von einem deutschen Generalleutnant, untersteht direkt **SHAPE**, dem *Supreme Headquarters Allied Powers Europe*.

Der Namensbestandteil *Enabling Command* verweist auf einen Schlüsselbegriff im **NATO**-Vokabular: Befähigung. Es geht um Befähigungen, Fähigkeiten und Fähigkeitsprofile. Diese Begriffe spielen auch bei der Gestaltung von Organisationsstrukturen, der Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr sowie der Ausbildung ihres Personals eine zentrale Rolle. Ob Kampf- oder Unterstützungstruppen, Kraftfahrer oder Kämpfer: Alle Ebenen, Verbände, Einheiten und dienende Soldaten haben klar umrissene Fähigkeitsprofile.

Da die Bundeswehr das **JSEC** führt und damit in Pflicht und Verantwortung ist, andere Streitkräfte zu befähigen, ihren Einsatzraum rechtzeitig und kampfkraftig zu erreichen, stellt sich die Frage, wie es um die Fähigkeiten der Bundeswehr selbst steht. Glaubt man Generalinspekteur Carsten Breuer, dann kann die Bundeswehr Deutschland verteidigen.¹ Das ist wohl kaum mehr als eine Hoffnung, an der Breuers Vorgesetzter, Verteidigungsminister Boris Pistorius, öffentlich zweifelt, wenn er fordert: »Wir müssen kriegstüchtig werden!«² Wobei der Minister eher als Breuer die Verantwortung dafür trägt, dass die Bundeswehr in vielem auch im Jahr drei nach der von der Politik 2022 immer noch – wie der damalige Heeresinspekteur

Alfons Mais es formulierte – »mehr oder weniger blank« dasteht. Mais wird in diesem September von Pistorius in den einstweiligen Ruhestand versetzt – er ist mit seinen Vorschlägen und seiner Kritik wahrscheinlich zu unbequem geworden. Letztlich entscheidet die Politik, mit welchen Mitteln das Militär seine Aufträge erfüllen soll. Das wusste schon Carl von Clausewitz:

»Das Maß dieser absoluten Macht wird von der Regierung bestimmt, und obgleich mit dieser Bestimmung schon die eigentliche kriegerische Tätigkeit beginnt und dieselbe ein ganz wesentlicher Teil derselben ist, so muß doch in den meisten Fällen der Feldherr, welcher diese Streitkraft im Kriege führen soll, ihre absolute Stärke als ein Gegebenes betrachten, sei es, daß er keinen Teil an ihrer Bestimmung hatte, oder daß die Umstände verhinderten, ihr eine genügende Ausdehnung zu geben.«³

Drei einfache Kräftevergleiche, die sich auf das Heer beziehen, können helfen, die Antwort auf die Frage nach der Wehrhaftigkeit Deutschlands zu finden.

- 1) Am 22. Juni 1941 griff die deutsche Wehrmacht mit 19 Panzerdivisionen, 15 motorisierten Infanteriedivisionen und 119 Infanterie- und Kavalleriedivisionen die Sowjetunion an. Sie nutzte 3.580 Panzer und 600.000 Motorfahrzeuge (sowie 750.000 Pferde).⁴ Der Ausgang des »Unternehmens Barbarossa« ist bekannt. Trotz einer gewaltigen Streitmacht der »im Hinblick auf Moral, Elan, Truppenezusammenhalt und Elastizität wahrscheinlich unter den Armeen des zwanzigsten Jahrhunderts keine ebenbürtig [war]«.⁵
- 2) Ein weiteres Beispiel aus dem Zweiten Weltkrieg betrifft die Lage an der Ostfront im Frühsommer 1943. Die Deutschen wussten, dass ihre Kräfte zu schwach waren, um zu verteidigen. Die Not, angreifen zu müssen, führt zur »Operation Zitadelle«, der größten Panzerschacht der Kriegsgeschichte. Die Überdehnung der Wehrmachtskräfte betrifft vor allem die Heeresgruppe Süd, die von Taganrog

bis Sumy »nur« 32 Divisionen hat, um eine Frontlänge von 760 Kilometern zu decken.⁶

- 3) Von 1955 bis 1993 war Ulm Sitz des **II. Deutschen Korps**, als dessen Angehöriger der Verfasser dieses Beitrags seinen Dienst tat. Von den 345.000 Heeres-soldaten der Bundeswehr dienten 1990 im **II. Korps**, etwa 88.000 Soldaten. Das Korps war aber nur für einen Teil des **VRV** (Vorderer Rand der Verteidigung) an der Grenze zur Tschechoslowakei auf einer Breite von rund 200 Kilometern (von insgesamt 1.300 Kilometern Frontlänge) zuständig. Dazu kamen noch Aufgaben zur Überwachung und Sicherung am Inn, weil die Planung im Rahmen des **GDP**, des General Defense Plan, das Risiko sah, dass der Warschauer Pakt durch das neutrale Österreich hindurch versuchen könnte, den deutschen Kräften in die tiefe rechte Flanke zu fallen. »In der Bedrohung des eigentlichen Gegners nehmen sie die Zerschlagung unserer Neutralität in Kauf, wenn sich das als militärisch lohnend erweist.«⁷ So beschrieb der oberste österreichische General Emil Spannocchi dieses Szenario in den 1970er Jahren als größtes Risiko für Österreich.

Das Ulmer Korps verfügte über vier Divisionen: Die 4. Panzergrenadierdivision, die 1. Gebirgsdivision, die 1. Luftlandedivision und die 10. Panzerdivision. Die Divisionen führten insgesamt zwölf Brigaden und ihre Divisionstruppen. Hinzu kamen unzählige Korpstruppen, wie Nachschub- und Instandsetzungskommandos, Artillerie-, Pionier- und Sanitätskommandos. Auch über eigene Heeresfliegerkräfte verfügte das Korps. Alle Kommandos hatten wiederum eigene Verbände, die geführt wurden, i. d. R. Bataillone. Diese aktiven Truppenteile konnten durch Feldersatzbataillone verstärkt werden, die aus Reservisten aufgefüllt werden konnten.

Die aktuellen Überlegungen zum Heer der Zukunft sehen insgesamt eine Soll-Stärke von 60.820 Dienstposten vor.⁸ Das sind rund 69 Prozent des Personalumfangs des **II. Korps**. Vergleicht man die Aufgaben, die dieses Korps im Kriegsverlauf zu bewältigen hatte mit den Aufträgen, die das deutsche Heer zukünftig zu erfüllen hat, stellt sich die Frage, ob die politisch-militärische Führung sich nicht zu viel vornimmt, wenn sie von »360° Grad Perspektive«⁹ im »geostrategischen Kontext« spricht und die Vornepräsenz¹⁰ im euroatlantischen Raum zur Norm ausruft. Panzer können nicht fahren, wenn es an Soldaten fehlt. Die Vornepräsenz beschreibt die solidarische Bereitschaft, die Bundes-

wehr auf dem Territorium von **NATO**-Partnern an deren Außengrenzen zu stationieren, um potenzielle Aggressoren, in diesem Falle Russland, »Front nah« abzuschrecken. Begründet wird das mit der Zeit des Kalten Krieges, während Deutschland von der Solidarität seiner **NATO**-Partner profitierte, die ihre Truppen zur Abschreckung in Deutschland stationierten. Dass diese Länder mit der Truppenstationierung in Deutschland bis heute eigene Ziele verfolgen, bekennt der ehemalige **US**-General Ben Hodges ganz offen:

»Man kann Amerika nicht von Virginia, North Carolina oder Kalifornien aus verteidigen. [...] Das European Command (**EUCOM**) und das African Command (**AFRICOM**) in Stuttgart sind nicht da, um Deutschland zu schützen.«¹¹

So bemerkte Charles de Gaulle:

»Kein Staat kann, ohne daß seine eigenen vitalen Interessen berührt sind, ohne seine eigene Sicherheit zu gefährden, Schutzfunktionen oder Garantien für einen oder für andere Staaten übernehmen, deren Existenz bedroht wird.«¹²

In den **VPR** 2023 werden China und Russland als Hauptgegner benannt. Zur Maximierung der gesamtgesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit wird die enge Verzahnung von Staat und Gesellschaft mit allen Teilen gefordert; Deutschland als Einheit soll wieder kriegstüchtig werden. Es wird der ambitionierte Anspruch erhoben, Deutschland solle das Rückgrat der kollektiven Abschreckung und Verteidigung Europas sein. Dabei wird die Vornepräsenz als Einsatznorm (Litauen-

1 <https://defence-network.com/generalinspekteur-de-koennte-sich-verteidigen/> (v. 5.6.2024).

2 Boris Pistorius in einer Regierungsbefragung am 5. Juni 2024 im Deutschen Bundestag.

3 Carl von Clausewitz: Vom Kriege. Jubiläumsausgabe. Bonn 1980, S. 377.

4 Hans-Adolf Jacobsen: Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumentation. 5., erw. u. vollst. überarb. Aufl. Darmstadt 1961, S. 39 f.; zit. n. Rudolf Steiger: Panzertaktik. Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkriegs. 4., unveränd. Aufl. Freiburg 1977.

5 Martin van Creveld: Kampfkraft. 6. Aufl. Wien 2000, S. 189.

6 Erich von Manstein: Verlorene Siege. Bonn 1969, S. 476.

7 Emil Spannocchi / Guy Brossollet: Verteidigung ohne Schlacht. München 1979, S. 65.

8 <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/heer/aktuelles/das-zielbild-des-heeres> (v. 08.08.2025).

9 Bundesministerium der Verteidigung: Verteidigungspolitische Richtlinien 2023. Bonn 2023, S. 21.

10 Ebenda, S. 9.

11 <https://www.bundeswehr-journal.de/2019/kosten-plus-50-usa-bitten-stationierungslaender-zur-kasse/> (v. 04.09.2019).

12 Zit. n. Gregor M. Manousakis: Der Islam und die **NATO**. München 1980, S. 72.

brigade!) beschrieben; der Einsatz an den NATO-Außengrenzen der Normalfall werden und die Bundeswehr soll »unsere Partner ertüchtigen«.

Kernauftrag bleiben die Landes- und Bündnisverteidigung, wobei die Bundeswehr mit Schwerpunkt im euroatlantischen Raum in der 360°-Perspektive handeln können muss. Das alles soll mit einem Kräftedispositiv geleistet werden, das als »Single Set of Forces« bezeichnet wird. Dies erfordert laut VPR ein Höchstmaß an Flexibilität und Agilität in verschiedenen Regionen und im gesamten Bedrohungsspektrum. Wichtig ist auch die »resiliente« Führungsfähigkeit. Neben der Tatsache, dass es unter den rund 60.000 Dienstposten nur wenige Kämpfer gibt, die Feuer an den Feind tragen können, kommt ein weiteres, ungleich größeres Problem zum Tragen: Das ausgeprägte Missverhältnis der Dienstgradgruppen, mit dem gleichzeitig die Überalterung (Durchschnittsalter 2024: 32,4 Jahre) des Personalbestands¹³ einhergeht.

Dazu einige Zahlen: Mit Stand 30. November 2023 weist die Bundeswehr einen Personalbestand von 181.672 Soldaten und 81.612 zivilen Mitarbeitern aus. Von den Soldaten dienen im Ministerium und nachgelagerten Dienststellen 9.936 Soldaten, 22.596 in der Streitkräftebasis und 20.008 im Zentralen Sanitätsdienst. Hinzu kommen 14.076 Angehörige des Cyber- und Informationsraumes, 1.866 sind für die Bereiche Ausrüstung, Informationstechnik, Nutzung tätig. Im Bereich Infrastruktur, Umweltschutz, Dienstleistungen arbeiten 958 Soldaten und 7.898 im Bereich Personalwesen, davon 5.400 Studenten an den Universitäten der Bundeswehr. Die vorgenannten 77.338 Soldaten fallen als Krieger für das Gefecht aus. Im Heer waren 61.960 Soldaten aktiv, in Luftwaffe und Marine 26.787 bzw. 15.587. Auch auf diesen Dienstposten gehört der überwiegende Anteil zum Gros der Nichtkämpfer. Denn zu viele Soldaten sind in anderen, gleichfalls unverzichtbaren Aufgaben gebunden. Sie müssen z. B. die Führungsorganisation und Logistik aufrechterhalten, die Instandhaltung organisieren oder die Verwundenversorgung sicherstellen.

Zieht man noch in Betracht, dass der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages Ende März 2021 39.530 Planstellen für Offiziere aller Dienstgrade und 46.137 Planstellen für Mannschaften ausweist,¹⁴ wird deutlich, dass die Bundeswehr deutlich zu kopflastig ist, zu wenig Kämpfer hat und ihre Soldaten für eine Armee im Frieden ein zu hohes Durchschnittsalter haben.¹⁵ Diese Fakten werden auch vom Bundesrechnungshof benannt, der nicht nur die Kopflastigkeit

der Bundeswehr kritisiert, sondern in aller Deutlichkeit auch eine strikte Zweckbindung der eingesetzten Haushaltsmittel anmahnt¹⁶.

Kräftebindung und Kosten der *Enhanced Forward Presence* in Litauen sind schon im Frieden eine Herausforderung, wie die Planung des BMVg zeigt. So hat die Bundeswehr 2024 rund 1.100 Soldaten in Litauen, deren rollierender Einsatz durch einen permanent »vorn präsenten« Verband, die Brigade 45, abgelöst werden soll. Die Indienststellung ist zwar 2025 erfolgt, die Einsatzbereitschaft ist aber erst für Ende 2027 geplant. Das zeigt, wie groß die Probleme der Bundeswehr sind, auch nur 4.800 Soldaten für einen als notwendig erachteten Einsatz zu mobilisieren.

Verfügt die Bundeswehr über ausreichende Verstärkungskräfte sowie Logistik-, Instandhaltungs- und sanitätsdienstliche Kapazitäten, falls eine Eskalation der Krisenlage die Verlegung weiterer schwerer und mittlerer Kräfte zum Schutz der Bündnispartner ins Baltikum und nach Polen erforderlich macht? Sollte es dort zum Krieg kommen und sollten die deutschen Kräfte durch einen erfolgreichen russischen Angriff erheblich dezimiert werden, welche Kräfte können Deutschland dann verteidigen? Und wie können unvermeidliche personelle Verluste ersetzt werden, wenn anspruchsvolle taktische Grundsätze, komplexe Waffensysteme sowie Kommunikations- und Führungssysteme eine Ausbildungszeit von vielen Monaten, teils sogar Jahren erfordern?

Aus seit Jahrzehnten unterfinanzierten Streitkräften in wenigen Jahren eine Hochleistungsarmee formen zu wollen, ist ein verständlicher Wunsch, aber was passiert, bietet dafür keine realistische Lösung. Das muss man sich ehrlich eingestehen.¹⁷ Die sich dynamisch öffnende Schere zwischen kostentreibender rüstungstechnologischer Innovation und damit wachsender Gefährdung einerseits und stagnierenden bzw. schrumpfenden Verteidigungsbudgets andererseits wurde seit den 1970er Jahren ignoriert. Obwohl es versierte Stimmen gab, die das Thema öffentlich adressierten, wie die Generale Uhle-Wettler¹⁸ oder Spannocchi¹⁹.

Das hat sich jedoch mit den schuldenfinanzierten Rüstungsprogrammen geändert. Am Geld fehlt es der Bundeswehr nun nicht mehr. Nur – Geld allein löst die Probleme vor allem dann nicht, wenn man weiterhin neben dem Personalmangel auch einen erheblichen Mangel an Strategie hat. Ist die Übertechnisierung der Streitkräfte überhaupt noch finanzierbar? Oder zwingen uns die finanziellen, aber auch die technisch-taktischen Rahmenbedingungen im 21. Jahrhundert

zur Vereinfachung? Die **VPR 2023**²⁰ bestätigen eine zentrale Aussage Spannocchis, wenn dort auf weitere kostensteigernde Innovationen wie die Entwicklung der Quantentechnologie und Robotik, der Nano- und Halbleitertechnologie sowie der Künstlichen Intelligenz verwiesen wird. In diesen Bereichen haben die **US**-Amerikaner allein im Jahr 2020 insgesamt 28,6 Milliarden **US**-Dollar investiert²¹. Welche Mittel kann die Bundeswehr dafür einsetzen? Und woher sollen die Fachkräfte kommen, wenn gendersensible Sprache in der Truppe viel zu oft einen höheren Stellenwert hat als technische Fachkenntnisse? Im *Kiel Report* (Ausgabe September 2024) des Kieler Weltwirtschaftsinstituts mit dem Titel »Kriegstüchtig in Jahrzehnten: Europas und Deutschlands langsame Aufrüstung gegenüber Russland« kommen die Autoren zu dem ernüchternden Schluss, dass Europa Jahrzehnte benötigen wird, um den russischen Aufrüstungsvorsprung aufzuholen.

Dort wird in einer Tabelle der Bestand deutscher Großwaffensysteme in den Jahren 2004 und 2021 miteinander verglichen. Die Anzahl der Kampfflugzeuge sank von 423 auf 226 (–47 %), die der Kampfpanzer von 2.398 auf 339 (–86 %), während die Anzahl von Artilleriegeschützen von 978 auf nur noch 121 (–88 %) zurückging. Setzt man die Zahlen des Jahres 2021 in Bezug zum Jahr 1990 ist das Ergebnis noch ernüchternder.²² Die Kieler Forscher haben berechnet, wie lange es ohne Erhöhung der aktuellen Fertigungskapazität dauert, das Bestandsniveau des Jahres 2004 wieder zu erreichen. Bei den Kampfflugzeugen dauert dies bis 2038, bei den Kampfpanzern bis 2066 und den Artilleriegeschützen bis 2121(!). Die Beschaffung nur der Kampfpanzer zu aktuellen Kosten eines Leopard 2A8 liegen bei ungefähr 50 Milliarden Euro. Das sind Zeithorizonte und Kosten, die dazu führen müssen, das Konzept der militärischen Landesverteidigung grundsätzlich zu hinterfragen. Wie weit wird der Drohenkrieg, der in der Ukraine zu sehen ist, die Militärstrategien verändern müssen in einem Land, in dem weite Teile der politischen Führung aus moralischen Gründen nicht einmal darüber sprechen wollten?

In dieser Studie werden absurde Beispiele für die ausufernden Rüstungskosten aufgeführt. Die Wissenschaftler berichten über die Beschaffung von 600.000 Geschossen für die 30-mm-Bordmaschinenkanone der Schützenpanzer (**SPz**) Puma für 576 Millionen Euro. Das entspricht fast 1.000 Euro pro Schuss der Hightech-Munition. Es sollen 350 Puma beschafft werden. Jeder **SPz** kann 400 Schuss bevorraten. Die Beladung von 350 Fahrzeugen »klar zum Gefecht« ergibt eine Gesamt-

beladung von 140.000 Schuss. Bei einer Kadenz (Feuerrate) von 200 Schuss pro Minute bedeutet dies eine Feuerdauer von 2 Minuten pro **SPz** Puma. Die 600.000 Schuss würden bei intensiven Gefechten für 4,3 Tage reichen, in weniger intensiven Kämpfen für einige Tage mehr. Der Ukraine-Krieg dauerte über mittlerweile 1.200 Tage mit unterschiedlicher Gefechtsintensität. Wie hoch sind die Kosten des erforderlichen Bevorratungsvolumens nur für dieses eine Waffensystem (ohne Munitionslager, Bewachung, Liegenschaftsverwaltung) für eine Durchhaltefähigkeit von nur 30 Tagen? Wie lassen sich diese Preise begründen?

Ein weiterer bizarrer Beschaffungsvorgang wird in der Studie beleuchtet, über den auch andere Quellen berichteten. Deutschland und die Niederlande beschaffen gemeinsam ein leichtes Fahrzeug, den Caracal, der Firma Rheinmetall. Diese Entwicklung basiert auf der robusten Plattform der Mercedes G-Klasse, ist für die leichten Kräfte (Infanterie) vorgesehen und soll eine Fülle verschiedener Rüstsätze tragen können. Das ist unbestreitbar sinnvoll. Über Stückkosten von 620.000 Euro (!) können sich allerdings nur der Vorstand und die Aktionäre von Rheinmetall freuen. Die Steuerzahler fragen sich eher, wie solche Mondpreise von der politischen und der militärischen Führung kritiklos akzeptiert werden können.

Der Unterhalt des geplanten Streitkräfteumfangs würde deutlich mehr als eine Verdoppelung des aktuellen Verteidigungsbudgets bedeuten, zumal mehr Personal, Waffen und Gerät auch die Ausbildungs- und Infrastrukturkosten in die Höhe treiben. Den quantitativen Waffensystembestand des Jahres 2004 wiederherzustellen und lediglich technologisch zu modernisieren, ist ebenso unnötig wie unmöglich. Unnötig, weil technologische Entwicklungen das Gefechtsfeld revolutioniert haben und andere Lösungen erzwingen.

13 Jahresbericht der Wehrbeauftragten 2024.

14 <https://www.bundestag.de/resource/blob/841962/6436a8021d80bbao36979a-2099d90f9d/WD-2-028-21-pdf-data.pdf> (v. 05.10.2024).

15 Ulrich Zwygart: Menschenführung im Spiegel von Kriegserfahrungen. 3. Aufl. Frauenfeld 1992, S. 51.

16 Bundesrechnungshof: Handlungsbedarf bei der Bundeswehr. Bericht nach § 99 **BHO**, Mai 2025.

17 Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius am 8. Mai 2025.

18 Franz Uhle-Wettler: Gefechtsfeld Mitteleuropa. 3. Aufl. München 1981, S. 52.

19 Spannocchi / Brossollet, a.a.O., S. 74.

20 <https://www.bmvg.de/resource/blob/5701724/5ba8d8c460d931164c7boof49994d41d/verteidigungspolitische-richtlinien-2023-data.pdf>

21 Julian Lindley-French / Ben Hodges: Future War. 2. Aufl. München 2022, S. 219.

22 Guntram B. Wolff / Alexandr Burilov / Katelyn Bushnel / Ivan Kharitonov: »Kriegstüchtig in Jahrzehnten: Europas und Deutschlands langsame Aufrüstung gegenüber Russland«, in: *Kiel Report* Nr. 1. September 2024, Annex A3, S. 65.

Unmöglich, weil es nicht nur an Finanzmitteln, sondern im konventionellen Verteidigungskonzept auch an Kämpfern fehlen wird. Der gemäß den **VPR** 2023 als »Single Set of Forces« bezeichnete Ansatz verlangt, allen denkbaren Krisenszenarien mit den (einstmals) vorhandenen Kräften zu begegnen. Dabei stehen die Landes- und Bündnisverteidigung als Kernauftrag vor nachgelagerten Aufgaben, wie Maßnahmen zur Abschreckung potenzieller Gegner auf deutschem Hoheitsgebiet und im Bündnisgebiet in allen Dimensionen sowie die Verteidigung gegen terroristische und hybride Bedrohungen.

All das muss mit einem einzigen Set aus Personal, Ausrüstung und Bewaffnung bewältigt werden. Diese äußerst ambitionierte Forderung provoziert Fragen, auf die die militärische Führung plausible Antworten haben sollte: Wie will die Bundeswehr angesichts des verbreiteten Wehrunwillens und der kollektiv geringen Bereitschaft, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen, die Elitekämpfer rekrutieren, die all das beherrschen müssen? Wie ernst ist es einer politischen Führung, die nicht einmal bereit ist, über die Wiederbelebung der ausgesetzten Wehrpflicht ernsthaft zu diskutieren? Wer bildet die »Vielzweckkrieger« aus, sollte eine wirkungsvolle Recruiting-Kampagne sie gewinnen können? Wie lange dauert es, diese Soldaten zu qualifizieren, bis sie das erforderliche Fähigkeitsspektrum beherrschen? Wie lange müssen und können sie dienen, um die Investitionen in sie zu rechtfertigen? Wie werden die zwangsläufig anfallenden personellen Verluste dieser exzellenten Kämpfer im Krieg ausgeglichen?

Angesichts der angespannten Rekrutierungslage und der hilflosen Überlegungen zu ihrer Verbesserung – etwa durch alternative Wehrpflichtmodelle oder die Anwerbung von Ausländern – sowie des ausgeprägten Wehrunwillens einer jungen Generation, die weniger Leistungsprinzipien als eine ausgeglichene Work-Life-Balance anstrebt, sind dies zentrale Fragen, auf die angemessene Antworten gefunden werden müssen. Laut einer YouGov-Umfrage im Februar 2023 sind lediglich 11 Prozent der Deutschen bereit, ihr Land mit der Waffe zu verteidigen, also ein Prozent mehr als 2021, während 24 Prozent die Absicht äußerten, Deutschland im Falle eines Krieges zu verlassen. Die Verteidigungsbereitschaft der über Sechzigjährigen ist dabei höher als bei den Jüngeren. Zudem ist fraglich, ob ein ausreichend großer Anteil der Wehrwilligen physisch und kognitiv leistungsfähig genug sowie psychisch hinreichend stabil ist, um den hohen Anforderungen eines modernen Krieges gewachsen zu sein.

Nach drei Verteidigungsministerinnen und dem Hissen der Regenbogenfahne durch Verteidigungsminister Boris Pistorius ist dringend zu klären, ob es beim Charakter der Bundeswehr und ihres soldatischen Potenzials wirklich um Kriegstüchtigkeit oder nicht doch eher um Gleichstellungs- und Minderheitenpolitik geht. Dass Verteidigungsminister auch nach fachlichen Kriterien ausgesucht werden können, zeigt der **US**-amerikanische Präsident Donald Trump in seiner zweiten Amtszeit. Er berief mit Pete Hegseth einen Mann, der als Offizier in der 101st Airborne Division diente, sich freiwillig zum Dienst im Irak meldete und die **US**-Army als Major verließ. Seine Studienzeit in Princeton und Harvard wird ihm ebenfalls helfen, ein erfolgreicher Minister für seine 1,3 Millionen Soldaten zu sein. Pistorius versetzt dagegen kritische Geister in den Ruhestand, und seine Pläne für den Umbau des Ministeriums lassen die Verkopfung stärker werden und schwächen gerade den kritischen militärischen Sachverstand, der angesichts der Herausforderungen für die Streitkräfte dringend notwendig wäre.

Der deutsche Ansatz zur Gestaltung künftiger Streitkräfte sollte sich an den Erfordernissen und begrenzten Möglichkeiten orientieren. Denn

»wir müssen unsere Aufmerksamkeit der Tatsache zuwenden, daß die schrankenlose Expansion der Technik im Kriegswesen einen Soldatentypus erzeugt hat, der dem wirklichen Krieger weit unterlegen ist. Gewiß erhöhen leistungsfähigere Geräte die Erfolgsaussichten, wodurch natürlich das Vertrauen des Soldaten zu seinen Waffen wächst. Kampfmoral ist aber etwas ganz anderes als durch Supertechnik hervorgerufene Überheblichkeit, die im Krieg durch die unvermeidlichen Rückschläge leicht in einen Minderwertigkeitskomplex umschlägt. Wirkliche Kampfmoral kann auch nicht durch materielle Vorteile für den Soldaten »erkauft« werden. Wer es versucht, erreicht das Gegenteil; »denn«, wie einst Marschall Suworow treffend bemerkte, »mit der Bequemlichkeit nimmt die Courage ab.«²³

Wie die Bundeswehr künftig ausreichend Kämpfer gewinnen will, bleibt in den offiziellen Dokumenten vorerst offen. Für das **JSEC** in Ulm ist es schon herausfordernd, die Nichtkämpfer zu rekrutieren, die benötigt werden, das definierte Fähigkeitsprofil mit ausreichender Qualität zu unterlegen.

23 Ferdinand Otto Miksche: »Zwischen konventionellen und modernen Waffen«, in: *Der Schweizer Soldat. Zeitschrift zur Förderung der Wehrhaftigkeit und des Wehrsports*. 34. Jahrgang, Heft 17 (15. Mai 1959). Zürich 1959.